Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

3.2.1864 (No. 28)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 3. Februar.

Nr. 28. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 30. v. M. gnädigst geruht,

den Präsidenten des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Roggenbach, auf sein unterthänigstes Ansuchen der interimistischen Leitung des Handelsministeriums zu entheben, und

den Direktor der Hofdomänenkammer, Staatsrath Mathy, zum Präsidenten des Handelsministeriums zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Kiel**, 2. Febr. Nachdem der Bürgermeister Leißner von Eckernförde sich entfernt hatte, hat der Bürgervorsteher Stegelmann daselbst den Herzog Friedrich proklamirt. Der Herzog empfing hier eine südschleswigsche Deputation.

Kiel, 1. Febr., Abends. (W. T.-B.) Gestern wurde ein preußischer Vorposten erschossen, und eine dänische Schleichpatrouille gefangen. Gestern fand der Uebergang der Verbündeten bei Königsföhrde statt, wo sogleich Herzog Friedrich proklamirt wurde. Heute Mittag fand ein Gefecht preußischer Artillerie mit zwei dänischen Schraubenschiffen vor Eckernförde statt; die Schiffe wurden schließlich aus dem Hafen verjagt, die Stadt und die Höhen dahinter von den Preußen besetzt. Enthusiastische Proklamirung Friedrich's in Eckernförde und Gettorf, Graf Baudissin und die Rittergutsbesitzer an der Spitze. Die Gesandten von Oesterreich und Preußen sind von Kopenhagen über Eckernförde in Kiel eingetroffen und weiter gereist.

†† **München**, 2. Febr. Der „Bayer. Ztg." zufolge hat die bayrische Regierung unterm 21. v. M. Schritte zu Ministerkonferenzen der gleichgesinnten Regierungen wegen Schleswig-Holsteins gethan. Noch sind nicht alle Rückäußerungen eingegangen; Weiteres wird demnach einer spätern Mittheilung vorbehalten.

△ **London**, 2. Febr. Die heutige „Morn. Post" schreibt: „Die deutschen Großmächte erklären die Besetzung Schleswigs als eine Garantie zur Erfüllung berechtigter Forderungen; Hr. v. Bismarck bleibt; der König von Preußen erkennt die weitere Verbindlichkeit des Londoner Vertrags, allerdings bedingungsweise, an: Alles Das ist Komödie und die Besetzung Schleswigs kann von England nur als ungerechte Aggression angesehen werden."

Der Uebergang über die Eider.

Das Loos ist gefallen; heute früh hat die preußisch-österreichische Armee die Eider überschritten; Gewehrsalven haben sie empfangen, deren Zweck nicht ein erfolgreicher Widerstand, sondern nur die Bestätigung offenen Kriegszustandes sein konnte.

Wie wird der Fortgang und das Ende des begonnenen Kampfes sein?

Wir vermögen heute nicht darüber auch nur eine Vermuthung auszusprechen: wir kennen weder die genaue Stärke der sich gegenüber stehenden Heere, noch wissen wir, ob der Winter sich als kräftiger und nachhaltiger Alliirter der deutschen Truppen eingestellt hat, noch endlich ist Klarheit über die Absichten der angreifenden Mächte Oesterreich und Preußen gegeben. Wenn die Verhüllung des eigentlichen Kriegszwecks ein besonderes politisches Verdienst ist, so müssen wir dasselbe dem Grafen Rechberg und dem Hrn. v. Bismarck zugestehen.

Wir halten aber dafür, daß ein edler großer Zweck der Verhüllung nicht bedarf und daß es ein politischer Fehler ist, sich des moralischen und praktischen Gewichtes, das er an sich übt, zu begeben.

Wir halten es eben so wenig für politisch richtig, daß die Kabinette von Wien und Berlin, statt die gesammten deutschen Regierungen und Volksstämme zu einer gemeinsamen schwunghaften Haltung und Handlung zu gewinnen, ihre Bundesgenossen in fast feindlicher Weise zurückgestoßen haben. Es mag sein, daß sich das Ausland durch diesen Gegensatz hat täuschen lassen und daß Oesterreich und Preußen jetzt unter günstigeren Chancen in den Kampf eintreten, als man letzthin erwartete; aber wir sind überzeugt, daß vor Monatsfrist und früher eine kräftige deutsche Aktion noch weniger Gefahren begegnet wäre.

Wir wünschen den deutschen Fahnen raschen und glänzenden Sieg.

Wir hoffen, daß auf dem betretenen Wege der Thatsachen sich alle deutschen Staaten in dem Streben nach dem Rechte und Wohle der Herzogthümer zusammenfinden werden, daß der zum Aeußersten gesteigerte Trotz des nationalen Feindes die letzten Bedenken in Wien und Berlin gehoben hat, alten und festbegründeten Pflichten, dem Rufe des Vaterlandes vor neuen und verfallenen Verbindlichkeiten den Vorzug zu geben. Wir wünschen, daß sie bald das vermißte Licht über ihre Politik geben werden, und daß ganz Deutschland mit ungetheilter und ungeschwächter Sympathie den Waffenthaten ihrer Heere folgen kann.

Deutschlands Pflichten ruhen aber daneben keineswegs. Seine Regierungen haben am Bunde ihrem Urtheile über das in der Person des Herzogs Friedrich verkörperte Recht Holsteins und auch Schleswigs einen bündigen und bindenden Ausdruck zu geben und sich bereit zu halten, denselben auch ihrerseits, wenn es nöthig wird, mit bewaffneter Hand zu vertreten. Es ist dies an sich ihre patriotische Aufgabe; sie geben damit aber auch der österreichisch-preußischen Aktion, wenn sie ein höheres nationales Ziel ehrt, den richtigen Halt; sie setzen ihr damit einen Damm, wenn sie einseitige selbstsüchtige Pläne verwirklichen soll. Das Mißtrauen, welches in den bisherigen Schritten der Regierungen zu Wien und Berlin Anlaß und Nahrung fand, wird nicht eher beseitigt sein, ehe nicht deutliche Bethätigungen eines zu billigenden Zweckes von ihnen gegeben worden sind. Ist es unbegründet, so lag es in dem politischen — unserer Meinung nach freilich irrigen — Kalkul, und sekundirte einigermaßen die tieferen Absichten Oesterreichs und Preußens; ist es aber begründet, so gilt es nach wie vor um so mehr, daß jeder einzelne Mann und Staat das Seinige thue, um die wahre Ehre Deutschlands in der festen Verfolgung deutschen Rechts zu retten.

Nicht müßiger Zuschauer sei darum der Rest Deutschlands bei dem Vorgehen der großmächtlichen Streitkräfte, sondern arbeite in seiner Weise thätig an dem Werke der Befreiung Schleswig-Holsteins von fremder Gewalt!

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Febr. Der „Badische Beobachter" druckt Berliner Blättern, der „Vossischen Zeitung" und dem „Publizisten", Notizen nach, welche einer vielfachen Berichtigung bedürfen. Es soll darnach von Seiten der großh. Regierung nicht nur die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Volksvertretung zur Unterstützung des Standpunktes der Majorität der Bundesregierungen beantragt, sondern es soll sogar eine Einladung dieser Regierungen zur Beschickung eines in Karlsruhe abzuhaltenden Parlaments erfolgt sein. Wie gewiß wir auch sein dürfen, es werde die großh. Regierung stets nur der Ueberzeugung gemäß handeln, daß die Majorität des Bundes unter allen Umständen ihre Sache nicht fallen lassen könne und dürfe, so wenig befürchten wir einen Widerspruch, wenn wir die Thatsache in Abrede stellen, welche der „Badische Beobachter" seinen Lesern mittheilt.

Nicht daß wir glauben, es solle die wirksame Unterstützung aller moralischen und physischen Machtmittel, vor Allem also auch die Hilfe eines deutschen Parlamentes verschmäht werden, um eine so gute und heilige Sache wie das volle Recht in Schleswig-Holstein zum Siege zu führen. Wo die Grundlagen des Bundesverhältnisses so gefährlich bedroht sind, wie nach dem letzten verhängnißvollen Bundesbeschlusse, scheint in der That ein Augenblick gekommen, in welchem nur die vollkommenste Einigkeit aller bundestreuen Regierungen mit ihren Völkern eine Bürgschaft für fernere Erhaltung ihrer gemeinsamen Unabhängigkeit und Selbständigkeit bieten kann. Und diese Einigkeit könnte kein geeigneteres Zeugniß finden, als das Votum der in einer loyal konstituirten Versammlung vereinigten Abgeordneten oder Delegirten der deutschen Abgeordnetenkammern zu Gunsten einer nationalen Politik ihrer Regierungen in der holsteinischen Sache. Allein von dieser Ansicht, welche die großh. Regierung zu verbergen wohl keine Ursache gehabt haben wird, bis zu dem Schritte, welchen der „Publizist" sie thun läßt, bis zu der Einberufung eines deutschen Parlaments nach Karlsruhe ist noch ein gutes Stück Weg zu machen. Wir können versichern, daß zur Zeit derselbe noch nicht zurückgelegt ist, und wir müssen mit dieser Behauptung somit auch die harmlose Freude stören, welche die Verbreitung jener Nachricht dem „Badischen Beobachter" gemacht hat.

München, 1. Febr. Für den königl. Bundestags-Gesandten Frhrn. v. d. Pfordten tritt die „Bayer. Ztg." heute in folgender entschiedener Weise in die Schranken:

In letzter Woche, sagt sie, hat die „Köln. Ztg." einige bayrische Aktenstücke aus dem Jahr 1853 veröffentlicht, für deren Lukubration kein anderer Zweck gedacht werden kann, als das Ansehen des Staatsmanns, von dem sie ausgegangen und theilweise veranlaßt worden sind und in dessen Händen sich gegenwärtig das Referat in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit befindet, abzuschwächen. Dieser Zweck ist jedoch glücklicher Weise nicht erreicht worden, und es ist sichtlich, daß das Vertrauen in die Einsicht und Thätigkeit des königl. bayrischen Bundestags-Gesandten in der öffentlichen Meinung nicht erschüttert, nicht gemindert wurde. Es erklärt sich dieses auch vollständig durch die Ueberzeugung, daß Frhr. v. d. Pfordten eine erschöpfende Kenntniß der in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit entscheidenden Thatsachen und Dokumente zu jener Zeit nicht gehabt habe, und jedenfalls ist es unbestritten, daß unter seinem Ministerium König Max dem Londoner Protokoll die Zustimmung versagt hat, welcher Haltung der bayrischen Regierung es zu verdanken ist, daß der Vertrag vom 8. Mai 1852 an den Deutschen Bund von den Großmächten gar nicht vorgelegt wurde, wo außerdem bei der damaligen Stimmung der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten der Beitritt zu demselben wohl würde beschlossen worden sein. Es muß anerkannt bleiben, daß Frhr. v. d. Pfordten den Vollzug der weisen Entschließung Sr. Maj. unseres Königs mit Festigkeit und Umsicht geleitet und die Stellung Bayerns zu der schleswig-holsteinischen Frage ungeschwächt erhalten hat.

Dasselbe Blatt enthält am Schluß einer Erwiederung auf einen Artikel der „Isar-Ztg." folgende Notiz:

Die bayrische Regierung ist, wie wir auf's neue zu versichern in der Lage sind, nach allen Kräften mit den Mitteln beschäftigt, die Zukunft der Herzogthümer Schleswig-Holstein gründlich zu sichern; man kann ihr mit Recht nicht zum Vorwurf machen, daß sie nicht handle; daß sie aber ihre Schritte nicht mit Geräusch thut, das ist ein Vorwurf, den sie ertragen kann.

Die „Bayer. Ztg." sieht sich ferner zu der Erklärung ermächtigt, daß die Zeitungsnachricht: Es sei durch den kaiserl. österreichischen Hrn. Gesandten der Durchzug von österreichischen Truppenreserven, wenn auch nur mündlich, nachgesucht worden, völlig grundlos ist.

Kassel, 31. Jan. (Fr. J.) Wie man hört, ist nun die Konzession zum Bau der Halle-Nordhäuser Bahn, soweit sie das kurhessische Gebiet berührt, von unserer Regierung ertheilt worden.

Hannover, 30. Jan. In der gestern abgehaltenen Versammlung des großdeutschen Vereins wurden folgende Erklärungen beschlossen:

1) Der Verein erklärt, indem er an seiner Auffassung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, wie dieselbe in den Resolutionen vom 20. bis 24. Nov. 1863 ausgesprochen ist, festhält, daß er ein Zusammenbleiben Schleswig-Holsteins mit Dänemark auch unter der Form reinster Personalunion als eine Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage im Sinn deutschen Rechts und deutscher Ehre nicht betrachten kann, und hofft, daß der Deutsche Bund mit möglichster Beschleunigung die Anerkennung des Herzogs Friedrich aussprechen werde. 2) Der Verein spricht die Hoffnung aus, daß die jetzt auf's neue hervorgetretene Unzulänglichkeit der Bundesverfassung die Staaten der dritten Machtgruppe veranlassen werde zu einem organischen Zusammenschluß, der ihren Bemühungen für Deutschlands Wohl und Ehre den wünschenswerthen Erfolg gewähre.

Harburg, 29. Jan. In einer gestern von über 200 hausbesitzenden Bürgern gehaltenen Versammlung ist bezüglich der denselben aufgebürdeten preußischen Einquartierung erklärt worden, daß man sich dazu nicht verpflichtet erachte; es wird gegen eine solche Zumuthung protestirt und der Magistrat aufgefordert, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß wir für die uns aufgelegte Last vollständig entschädigt würden. Ferner wurde ebenfalls einstimmig nachstehende Erklärung angenommen und dem Magistrat mitgetheilt:

Wir bedauern, daß unsere Regierung den nicht zu Bundeszwecken, sondern im Widerspruch mit einem Bundesbeschluß durch unser Land ziehenden bewaffneten preußischen Truppen den Durchmarsch gestattet hat, während kleinere Staaten solchen nach Völkerrecht zu verweigern sich verpflichtet erachteten. Wir sind der Ansicht, daß unsere Regierung nicht berechtigt gewesen, uns die Last der Einquartierung und Verpflegung dieser Truppen aufzuerlegen, daß es vielmehr dazu mindestens der Einwilligung der Ständeversammlung bedurft hätte und bedarf. Daher werden wir bei dieser Beschwerde führen, wenn es unserm Magistrat nicht gelingen sollte, uns vollständigen Ersatz für die uns entstandenen Kosten und Belästigungen zu verschaffen, obgleich wir uns im Großen und Ganzen über den Geist, die Gesinnung und das Betragen der nach unserer Meinung uns widerrechtlich aufgedrungenen Gäste lobend aussprechen.

Kiel, 1. Febr., Nachts 10 Uhr. (Bad. Ldsztg.) Es sind 2 Treffen geschlagen. In Eckernförde wurde die Schraubenkorvette „Thor" und der Panzerschooner „Esbern Snare" verjagt durch 4 Batterien. Verlust 1 Pferd. Die Kanonade dauerte 1 Stunde. Und bei Windebye fand ein Treffen zwischen Fußvolk statt. Der Todten und Verwundeten sind es wenig. Morgen geht es nach Missunde.

Berlin, 31. Jan. Dem Artikel der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.", dessen Schlußpointe wir gestern bereits mitgetheilt haben, entnehmen wir noch Folgendes:

Wir haben auf die Drohartikel der „Morn. Post" nicht geantwortet, weil die Ereignisse antworten werden, weil der Augenblick vielleicht näher ist, als man glaubt, wo England die Früchte einer Politik ernten wird, welche seit fünfunddreißig Jahren die Stellung Großbritanniens zu dem übrigen Europa so wesentlich alterirt hat.... Das England, welches seine Traditionen noch in die beiden ersten Dezennien dieses Jahrhunderts hineintrug, existirt nicht mehr.... Das Danaergeschenk der englischen Freundschaft wird fortan ebensowohl von den Staatsmännern, wie von den Nationen richtig gewürdigt werden. Wir haben diese Resultate gesehen, welche die englischen Sympathien den Ungarn, den Polen, den Italienern gebracht haben. Griechenland, die Türkei, Portugal, Spanien, die kleinen Republiken jenseits des Ozeans wissen von der „ritterlichen" Politik Altenglands sonderbare Dinge zu erzählen; in der Schweiz erinnert man sich des Achselzuckens, mit welchem man die Reklamationen wegen der neutralisirten Provinzen und die Mahnung an die

so hochgerühmte Freundschaft Altenglands empfing. Das Kabinet zu Washington hat Gelegenheit gehabt, zu erfahren, was England unter internationalen Verpflichtungen versteht; in der Hofburg zu Wien, wo noch der englische Einfluß im Jahr 1854 die Isolirung Oesterreichs im Jahr 1859 vorbereitete, hat man Gelegenheit gehabt, die Politik dieses neuen England zu würdigen; und wenn uns die „Morn. Post" neulich an das Schicksal Rußlands im Krimkrieg erinnerte und darauf hinwies, daß der Kaiser Nikolaus den Fehler begangen, nicht an eine Allianz Englands mit Frankreich zu glauben, so ist das gerade das Gleiche, was wir oben gesagt; man glaubte damals in St. Petersburg noch an das frühere England, und man hatte sich getäuscht. Wir werden uns nicht täuschen. Eben so wenig, wie man sich in Paris über eine Politik täuschen wird, welche im Krimkrieg keine andere Rolle spielte, als die Soldaten Frankreichs die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, welche die Pläne der französischen Politik auf der italienischen Halbinsel durchkreuzte, welche das Kaiserreich in Amerika zu engagiren sucht, und jetzt an einer skandinavischen Union arbeitet, um seine wankende Suprematie über die Meere durch eine Allianz mit den nordischen Seemächten zu stärken.... Wir werden die Stütze Deutschlands nicht mehr in diesem neuen England suchen. Aber wir werden thun, was das deutsche Recht und die deutsche Ehre gebietet, und dann mag auch Dänemark sehen, was ihm aus der englischen Freundschaft erwächst.

Die „Nat.-Ztg." legt dar, daß die preußische Bank „einerseits durchaus kein Staatsinstitut ist, ihre Mittel durchaus nicht ohne Weiteres der Regierung zur Disposition stehen, — andererseits die reichen Mittel, welche der Bank im Augenblick allerdings zu Gebote stehen, die prekärsten sind, die man sich denken kann, sich der Bank zu entziehen drohen, sobald sie Miene macht, sich auf gewagte oder solche Kreditgeschäfte einzulassen, welche ihre Fonds auf lange Zeit fest legen." — Das Zentral-Wahlkomitee der Fortschrittspartei wird demnächst einige Mitglieder verlieren und durch andere ersetzen. Man ist nämlich dahin übereingekommen, die Beamten, welche dem Komitee angehören, zum Austritt zu veranlassen, und zwar unter Versicherung, daß ihr politischer Charakter dadurch in keiner Weise berührt werde. Der Abg. Jacoby aus Königsberg hat die Diäten seit dem 1. Jan. nicht erhoben, weil er, nachdem der Landtag ohne Zustandekommen eines Etatsgesetzes geschlossen worden, keine Staatskasse zu Zahlungen berechtigt erachte. Der ihm zustehende Betrag ist bei Abschluß des Rechnungswesens dieser Session als Ausgaberest gebucht worden.

Berlin, 31. Jan. (Köln. Ztg.) Englands wirkliche Absichten sind noch immer nicht ganz klar und werden wahrscheinlich erst nach der Eröffnung des Parlaments sich übersehen lassen. Von der Königin Viktoria hatte verlautet, sie werde eher abdanken, als zugeben, daß ein Schiff gegen Deutschland abgesandt werde. Neuerdings aber soll die Königin sich dem Standpunkt des Londoner Vertrags mehr genähert haben. An dem Erscheinen einer englischen Armee in den Herzogthümern wird stark gezweifelt. Dagegen steht noch nicht fest, ob England nicht die Blokade im Frühling unterstützen wird. Dieses wird von der Haltung des Parlaments abhängen. — Die Nachricht der „Morn. Post", sämmtliche Mächte hätten die Integrität der dänischen Monarchie anerkannt, ist mit dem bekannten Körnchen Salz hinzunehmen. Grundsätzlich waren die auswärtigen Mächte als Unterzeichner des Londoner Vertrags darin einverstanden. Daß das Prinzip aber mehr als eine Modalität zuläßt, beweist die französische Note vom 8. Jan., die das Protokoll ein ohnmächtiges Werk nannte. — Der dänisch-schwedische Vertrag, an welchen ein Theil der politischen Welt nach englischen Quellen glauben soll, wird in politischen Kreisen besonders auch deßwegen bezweifelt, weil er zu der von Frankreich in Stockholm bis jetzt angerathenen Zurückhaltung nicht stimmen würde. — Man spricht von bevorstehenden Vorkehrungen gegen die Besprechung militärischer Dinge, welche den Feinden nützen könnte, in den Zeitungen. — Die heutige Morgennummer der „National-Ztg." ist mit Beschlag belegt worden, wie man glaubt, wegen des Leitartikels.

◇ **Berlin,** 1. Febr. Der k. Generaladjutant und Chef des Militärkabinets, Generalleutnant v. Manteuffel, ist gestern Abend mit einer besondern Mission Sr. Maj. des Königs auf der Hamburger Eisenbahn in das Hauptquartier des Prinzen Friedrich Karl nach Kiel abgegangen. Die Beförderung der kombinirten Garde-Infanteriedivision nach Holstein ist seit gestern in vollem Gange und wird mit Eifer fortgesetzt. Im Lauf des gestrigen Tages begab sich der König in Begleitung der königl. Prinzen dreimal nach dem Hamburger Bahnhof, um die hier durchpassirenden Truppen dieser Division zu begrüßen. Vormittags besichtigte Höchstderselbe auf dem Bahnhof das 1. Bataillon des 4. Garde-Grenadierregiments. Jedesmal versammelte der König die Offizierkorps der Bataillone um sich und richtete kurze Ansprachen an dieselben. Heute Morgen um 9 Uhr musterte Se. Majestät auf dem Hamburger Bahnhof das Füsilierbataillon des 3. Garde-Grenadierregiments, um 3 Uhr Nachmittags das 2. Bataillon dieses Regiments, und um 5 Uhr das 2. Bataillon des 4. Garde-Grenadierregiments. — Im Lauf des heutigen Vormittags nahm der König den Vortrag des Geh. Raths Illaire, sowie die Meldungen mehrerer Generale und Stabsoffiziere entgegen. Darauf hatte Se. Majestät eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck und dem Kriegsminister v. Roon. — Am 3. Februar wird im Arnim'schen Saal von den freiwilligen Kampfgenossen des Jahres 1813 die Gedächtnißfeier des königl. Aufrufs in herkömmlicher Weise begangen. — Heute Vormittag erfolgte das feierliche Leichenbegängniß des am Donnerstag verstorbenen zweiten Präsidenten des königl. Obertribunals, Dr. Bornemann.

Posen, 29. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Der große Polenprozeß, auf dessen Ausgang man hier allgemein gespannt war, hat ganz unerwartet schon gestern sein Ende erreicht; es hat sich durch die lange Untersuchung so wenig Gravirendes herausgestellt, daß überall auf das niedrigste Strafmaß hat erkannt werden müssen. Von den zweiunddreißig Angeklagten sind zwölf ganz freigesprochen; 17 sind zu einer achttägigen, 2 zu einer vierzehntägigen, und nur einer, und noch dazu ein Deutscher aus Potsdam, zu einer einmonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Bei Allen ist indessen wohl Rücksicht genommen auf die von ihnen bereits verbüßte sechsmonatliche Untersuchungshaft. Sie sind außerdem solidarisch in die nicht unbedeutenden Kosten verurtheilt worden.

Wien, 29. Jan. Abgeordnetenhaus. Verhandlungen über den Nachtragskredit von 10 Millionen. Zweiter Tag. Die Debatte eröffnet Graf Brints-Treuenfels.

Redner kann den Zweck der vorgeschlagenen Resolution nicht absehen. Wolle man etwa die Regierung zum Zurückziehen der Truppen nöthigen? Oder komme es bloß darauf an, sein Mißtrauen zu äußern? Er sehe zu solchem keinen Grund. Die Regierung habe von zwei Uebeln das kleinere gewählt, und sei ihrem Ziel, dem Schutz des Rechts in der dänisch-deutschen Streitsache, treu geblieben. Dahin habe seine, des Redners, Instruktion gelautet, als er 1846 zur Zeit des Königsbriefs als Gesandter nach Kopenhagen geschickt wurde. Er verbreitete sich dann unter großer Unruhe des Hauses über die Verhandlungen zwischen Wien und Kopenhagen. In dem Zusammengehen mit Preußen sei keine Gefahr; die Verantwortlichkeit müsse und könne man dem Ministerium überlassen, solle demselben aber nicht unnöthiger Weise Hindernisse bereiten. Er bestreitet, daß es den deutschen Großmächten um die Erhaltung der Integrität Dänemarks zu thun sei, und daß der Londoner Vertrag gegen die Ehre Oesterreichs verstoße. Im Uebrigen hätten die beiden „Vormächte" das gute Recht: von dem Bunde, den sie schützen, auch Rücksicht zu verlangen; die Stimmen seien nicht bloß zu zählen, sondern auch zu wägen.

Rechbauer nimmt für den Bund das Recht in Anspruch, seine Rechte selbst geltend zu machen; das eigenmächtige Vorgehen der „Vormächte" streite wider deren Bundespflicht. Ob etwa die Rochow'sche Theorie vom beschränkten Unterthanenverstand von den beiden Excellenzen in Wien und Berlin auch auf die deutschen Fürsten ausgedehnt werden solle? Oesterreich könne sich angeblich nicht majorisiren lassen — das widerspreche dem Wort des Kaisers in Frankfurt. Wenn es keine Majorität gebe, wozu dann eine Abstimmung, wozu eine Bundesverfassung? Dann hätten ja die kleinen Mächte einfach zu gehorchen. Von anderer Seite heißt es: man will sich nicht majorisiren lassen, wenn der Bund kompetent; seine Kompetenz sei aber durch den Antrag wegen Schleswigs von Oesterreich und Preußen selbst anerkannt worden. Er schildert die Beweise von warmer Sympathie, welche die Oesterreicher und er selbst in Frankfurt, Nürnberg, Leipzig u. a. a. O. erhielten; statt dessen kommen uns jetzt unsere letzten und einzigen zuverlässigen Freunde mit Groll und Erbitterung entgegen. Man suche die deutsche Bewegung als revolutionär zu verdächtigen; ob Beust und v. d. Pfordten, die Könige von Bayern und Sachsen auch Revolutionäre seien? Was Oesterreich denn eigentlich zu erreichen hoffe? Die Personalunion werde ja nicht blos von den Herzogthümern, sondern auch von den Dänen und den Westmächten perhorreszirt. Wenn das Ministerium das Recht des Hauses mißachten wolle wie Bismarck, so habe die Versammlung keine Gewalt, das zu hindern, aber die Geschichte werde richten zwischen der Volksvertretung und Männern, welche die heiligste Sache zu Grunde richten, gegen die Stimme des Rechts taub sind, und Macht für Recht gelten lassen.

Frhr. v. Tinti hält das Haus nicht nur für kompetent, über Fragen äußerer Politik sein Votum abzugeben, sondern müsse vielmehr beklagen, daß dem österreichischen Parlament von dem Minister des Aeußern nicht einmal jene nothwendigen Mittheilungen gemacht werden, wie sie Napoleon seinem sogenannten Corps legislatif macht. Sich zu den Ausschußanträgen wendend, erklärt er sich mit dem ersten (Bewilligung von 5,343,950 fl.) einverstanden, und wendet sich zur Resolution. Wenn er es auch sehr gewünscht hätte, daß die Regierung dem Hause Mittheilungen von der gegen Schleswig begonnenen Aktion gemacht hätte, so könne doch von einer Verweigerung des Kredits keine Rede sein, da das Recht über Krieg und Frieden ein unbestrittenes Recht der Krone sei, und wollte man die Führung eines Krieges von der Bewilligung der Mittel abhängig machen, würde dieses Recht illusorisch. Achtzig Mitglieder hätten sich zu folgendem Antrag geeinigt: „Das hohe Haus wolle beschließen: Es sei über die beantragte Resolution zur Tagesordnung überzugehen."

Abg. Kuranda: Er wolle auch, wie der Vorredner, die politische Seite der Frage in's Auge fassen, obgleich er für die Ausschußanträge sprechen wolle. Man sehe einen Feldzug in Szene gesetzt mit allen Attributen eines langen Krieges, und der Zug der Armee gehe nicht durch befreundete Länder, sondern auf längerem Weg durch Länder, die österreichisches Militär seit Wallenstein und Laudon nicht betreten. Man frage, für welches Recht trete Oesterreich ein? und man sagt für schleswigsches Recht. Aber die Schleswiger danken Oesterreich nicht für seine Intervention. Redner bekämpft die Idee des Uebergangs auf Tagesordnung, als der Volksvertretung im gegebenen Moment unwürdig. Die Eventualitäten eines Krieges auseinandersetzend, sagt der Redner, Oesterreich befinde sich nicht im Zustand des Friedens, sondern des Waffenstillstandes, und es bedürfe eines Krieges, um aus diesem prekären Zustand herauszukommen. Nicht nur Oesterreich kenne diesen Zustand, ganz Europa kenne ihn; dies zeigt der Thermometer der Valuta, und es müsse Sache der Regierung sein, daß, wenn der Prüfungstag über Oesterreich hereinbricht, er Oesterreich stark und an der Hand starker Freunde finde. Wäre Oesterreich mit dem Bund gegangen, so hätte es verlangen können, daß, während es in Schleswig für den Bund agirt, der Bund die Garantie für seine italienischen Staaten übernimmt. Bei dieser Gelegenheit hätte es sich vollziehen lassen, daß der Po den Rhein und der Rhein den Po schütze, was für Oesterreich eine glückliche Thatsache gewesen wäre. Er könne nicht glauben, daß diese folgenschwere Aktion eine Improvisation sei; sie müsse einen Schlüssel haben, es muß irgend eine geheime Konvention geben, die, wie er einsehe, nicht veröffentlicht werden könne. Von diesem Standpunkt betrachte er die Resolution. Sie spricht aus: In Berücksichtigung, daß die Ziele unbekannt sind, sagt sich das Parlament von der Verantwortlichkeit los, und kann in Dem, was es davon kennt, nicht etwas für das Heil Oesterreichs Vortheilhaftes erblicken.

Pratobevera: In der Politik sei der Erfolg Alles, und er würde nicht die Verantwortung auf sich nehmen, durch einen Ausspruch hemmend eingewirkt oder den Erfolg in Frage gestellt zu haben. Durch die Resolution nehme aber das Haus eine solche Verantwortung eher auf sich, als durch Stillschweigen, und deßhalb sei er gegen die Resolution.

Skene schildert die Finanzlage des Reichs, kommt auf die Zollvereins-Angelegenheit zu sprechen, in welcher Preußen sich bestrebte, Oesterreich entgegen zu arbeiten, und glaubt, Oesterreich müsse mit Deutschland gehen. Das bisherige Vorgehen führe zum finanziellen Ruin und da dürfe die Volksvertretung nicht schweigen. Er stimme für die Resolution.

Dr. Schindler: Der Krieg sei ein Feind des konstitutionellen Lebens und Oesterreich höre nicht gern Waffen klirren. Redner wirft einen Rückblick auf die Geschichte Oesterreichs seit 1848, zeigt, wie aus dem letzten Krieg Oesterreich sich verjüngte, und sagt, man könne es Niemand verargen, wenn er mit mißtrauischen Blicken auf einen neuen Krieg blicke. Die Regierung gebe dem Haus unlösbare Räthsel auf. Das Haus sei berufen, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen; die Regierung bringe einen Krieg, das sei ein Räthsel, das unmöglich zu lösen. Er glaube deßhalb noch nicht, daß die Regierung das Haus todtschlagen wolle, schon deßhalb nicht, weil sie es noch als Vermittler zu manchem Geldgeschäft brauchen werde. (Anhaltende Heiterkeit.) Redner wendet sich gegen das Zusammengehen Oesterreichs mit Preußen und bekämpft die wieder auftauchende Idee der heiligen Allianz, welche auf den Bänken des preußischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen wurde. Gefahren für die Verfassung, die man fürchte, kenne er nicht, da sie von allen Faktoren angelobt wurde. Er schließt mit der Erklärung, für die Resolution stimmen zu wollen.

Wien, 30. Jan. Unterhaus. Debatte über den Nachtragskredit von 10 Millionen. Dritter Tag. Wider Erwarten ging auch heute die Verhandlung nicht zu Ende, da am Schluß der Generaldebatte eine von Seiten der Polen und einem Theil der Siebenbürger hervorgerufene Diskussion über die Frage, ob die nicht zum Deutschen Bund gehörenden Länder Oesterreichs genöthigt seien, zu den Bundeskosten beizutragen, viele Zeit in Anspruch nahm. Ein Antrag des polnischen Abg. Grocholski, von dem Siebenbürger Groiß unterstützt, ging auf Verneinung dieser Frage, unter Bewilligung der geforderten Summe im gegenwärtigen Falle. In einer gründlichen staatsrechtlich historischen Erörterung zeigte dagegen der siebenbürgische Abg. Zimmermann, daß die transleithanischen Länder jedenfalls verpflichtet seien, zu den Matrikularumlagen beizutragen.

Die heutige Verhandlung begannen Sartori und Broche mit einer Vertheidigung der Tinti'schen motivirten Tagesordnung. Prof. Herbst, als Beantrager der Resolution des Ausschusses, bekämpfte dieselbe in höchst scharfsinniger Weise, worauf von beiden Seiten je noch ein Generalredner aufgestellt wurde: es waren Frhr. v. Kaisersfeld für und Dr. Ryger gegen die Anträge und Resolution des Ausschusses; jener stellte sich auf den deutschen, dieser auf den großösterreichischen Standpunkt. Zum Schluß der Generaldebatte hatte der Ausschußreferent Dr. Giskra noch einmal das Wort. Er sprach mit großer Beredsamkeit und führte wuchtige Hiebe gegen die Politik des Ministeriums, ohne indessen wesentlich neue Argumente beizubringen. Dr. Berger erklärte, er modifizire seine Anträge dahin, daß in der Resolution die an die Regierung zu richtende Aufforderung, zu einer bundesgetreuen Politik zurückzukehren, nicht den Passus der Resolution von der Zurückweisung jeder Verantwortlichkeit des Hauses für diese Politik ersetze, sondern daß der betreffende Satz hinzugefügt werde; seinen Antrag in Betreff des zu bewilligenden Kredits beschränke er darauf, daß nur die schon verausgabte Quote der Matrikularumlage bewilligt werde. Diese Anträge fielen, und hierauf entspann sich die obenerwähnte Diskussion, nach welcher Schluß der Sitzung beantragt und angenommen wurde. (Fortsetzung der Debatte am nächsten Montag.)

Wien, 1. Febr. (W.T.-B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Gesetzentwurf über die Forderung eines Kredits von 10 Millionen mit der vom Finanzausschuß beantragten Modifikation (nur den Matrikularbeitrag von etwa $5\frac{1}{2}$ Millionen zu bewilligen) angenommen. Hierauf fand über Herbst's Resolution Debatte statt. Graf Rechberg gab Erläuterungen über die Politik der Regierung: die Regierung achte die Rechte des Deutschen Bundes und lege großen Werth auf dessen Erhaltung, fordere aber auch vom Bunde, daß er auf die Lage der einzelnen Bundesglieder Rücksicht nehme. Und solche Rücksichtsnahme erheische die Lage Oesterreichs und Preußens, welche im Kriegsfall das ganze Opfer zu tragen hätten. Die Regierung werde ihre Pflicht, für die Rechte des Deutschen Bundes einzustehen, erfüllen, wünsche aber, dies in jener Form zu thun, welche für Erhaltung des Friedens möglichst geeignet ist. Hierauf versucht der Minister den Vorwurf zu widerlegen, daß durch das österreichische Vorgehen der Bund gesprengt sei. Die Resolution bezwecke nichts, als den Widerstand Dänemarks zu stärken. Er schließt mit den Worten: „So wie die Regierung in den äußeren Fragen einig dasteht, ebenso steht sie auch im Innern einig da auf dem Boden der Verfassung." Der Staatsminister v. Schmerling widerlegt verschiedene gegen die Regierung erhobene Vorwürfe im Einzelnen; er drückt die Hoffnung aus, daß der gegenwärtig Deutschland durchziehende Riß sich heilen lassen werde; er erklärt, die Regierung habe einstimmig das gegenwärtige Vorgehen dem Kaiser empfohlen, und beschwichtigt die Besorgnisse wegen Reaktion und Ministerkrisis, und fügt bei: er entspreche nur den Intentionen des Kaisers, indem er für das konstitutionelle Leben und den Ausbau der Verfassung seine ganze Kraft einsetze. Die Allianz mit Preußen betreffend, sagt der Staatsminister, die Stellung des Hrn. v. Bismarck habe nicht den entferntesten Einfluß auf die inneren Zustände Oesterreichs; nie sei eine hierauf bezügliche Zumuthung an das österreichische Ministerium gestellt worden, und es würde auch eine solche „geziemende Beantwortung" finden. Hierauf wurde Baron Tinti's Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 103 gegen 59 Stimmen angenommen.

Wien, 31. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Dem Vernehmen nach ist unter dem Datum des 26. Jan. eine neue österreichische Zirkulardepesche an die deutschen Bundesregierungen abgegangen, welche im Anschluß an die frühere preußische (von Hrn. v. Bismarck in der betreffenden Kammersitzung angezogene) Depesche und mit Bezugnahme auf deren Ausführungen, im Uebrigen aber nichts weniger als identisch mit ihr nochmals den Standpunkt und die Ziele der österreichischen Politik in Bezug auf Schleswig darlegt und nochmals den gegen diese Politik erhobenen Bedenken und Widersprüchen eingehend entgegentritt.

Wien, 28. Jan. (N. Pr. Ztg.) Se. Maj. der Kaiser hat an den Feldmarschall v. Wrangel, Oberkommandirenden

der österreichischen und preußischen Truppen in Holstein und Schleswig, unterm 23. Jan. das folgende Handschreiben gerichtet:

Lieber General-Feldmarschall Frhr. v. Wrangel! Es gereicht Mir zur wahren Freude, Meine braven Truppen unter dem Kommando eines so berühmten, kriegserfahrenen und Mir persönlich bekannten Feldherrn zu wissen. Dieselben werden, eingedenk Meiner Abschiedsworte, mit den preußischen Waffenbrüdern in Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer wetteifernd, in edler Kameradschaft und mit vereinten Kräften, der befreundeten Kriegsherren Zufriedenheit und Anerkennung würdig sein und bleiben. — Ihnen zum voraus für die fürsorgliche Führung dankend Ihr wohlgewogener Franz Joseph.

Frankreich.

♂ **Paris,** 1. Febr. Heute um 1 Uhr empfing der Kaiser die Adreßdeputation. Se. Majestät richtete an dieselbe folgende Worte:

Hr. Präsident! Die Adresse, in welcher der Gesetzgeb. Körper mir seine Billigung ausspricht, rührt mich tief. Die Debatten über die Prüfung der Vollmachten und über die Adresse waren lang und eingehend, und obgleich sie fast drei Monate dauerten, waren sie dennoch nicht nutzlos. Welches sind in der That für jeden unparteiischen Geist die Endergebnisse dieser Debatten?.. Die geschickt verbreiteten Anschuldigungen, auf Nichts reduzirt, — die Politik der Regierung besser gewürdigt — eine kompaktere Majorität der der Aufrechthaltung unserer Institutionen Ergebenen: Dies sind große Vortheile, welche erzielt wurden, denn nach den fruchtlosen Versuchen so vieler verschiedenen Regierungen ist das erste Bedürfniß des Landes die Stabilität. Nicht auf einem grundlosen, unaufhörlich durchwühlten Boden kann man Dauerndes gründen. Was in der That sehen wir seit 60 Jahren? Die Freiheit in der Hand der Parteien stets zu einer Umsturzwaffe werden. Daher fortwährende Schwankungen, daher nacheinander die Regierung unter der Freiheit, die Freiheit unter der Anarchie erliegend. So soll es nicht mehr sein, und das Beispiel der letzten Jahre zeigt, daß sich vertragen kann, was so lange unverträglich schien. Der wahrhaft fruchtbringende Fortschritt ist die Frucht der Erfahrung. Seine Entwicklung wird nicht beschleunigt durch die systematischen und ungerechten Angriffe, sondern durch die innige Vereinigung der Regierung mit einer von Patriotismus beseelten Majorität, die sich nie durch eitle Popularität verleiten läßt. Wir wollen von Eintracht und Zeit die möglichen Verbesserungen erwarten und nicht durch die trügerische Hoffnung eines schimärischen Bessern stets das gegenwärtige Gute gefährden, dessen Konsolidirung uns Beiden am Herzen liegt. Lassen Sie uns jeden in seinem Rechte bleiben, Sie, indem Sie den Gang der Regierung erleuchten und kontroliren, ich, indem ich die Initiative ergreife von Allem, was nützlich ist für die Größe und Wohlfahrt Frankreichs.

Hr. E. Picard, welchen das Loos als ein Mitglied der Adreßdeputation bezeichnet hatte, wohnte, wie die „France" meldet, dem Empfang in den Tuilerien bei. — Der Unterrichtsminister ließ mehrere Provisoren der Pariser Lyceen zu sich bescheiden und machte ihnen heftige Vorwürfe wegen der Manifestationen, welche am vorigen Donnerstag bei den Charlemagne-Banketten stattfanden; die Schüler hatten Thiers, Berryer, Favre und andere Mitglieder der Opposition leben lassen. Um die Zöglinge zu bestrafen, vielleicht auch um jede weitere Manifestation zu vermeiden, fielen die traditionellen Charlemagne-Vorstellungen in der Comödie Française und im Odeontheater diesmal aus.

Schon lange war keine Börse so bewegt und keine Liquidation so ungünstig für die Käufer als die heutige. Man wollte wissen, daß die österreichisch-preußischen Truppen die 6 Eiderdörfer besetzten, daß die Dänen die Offensive ergriffen und die Deutschen beträchtliche Verluste erlitten. Dies Fallen der englischen Consols um ¼ und die starke Baisse an der Wiener Börse verliehen diesen Gerüchten große Wahrscheinlichkeit. Rente fiel sofort von 66.40 auf 66, der Cred. Mob. war nur noch 5 Fr. vom 1000er entfernt, und ital. Anleihe wich unter 68. Report auf Rente stieg dabei bis auf 30 C.

Dänemark.

Kopenhagen. Die Schlußworte der Landsthingsrede des Ministerpräsidenten Monrad, am Donnerstag, lauten nach der „Rigsdags Tidende" wie folgt:

Beim Beginn dieses Kriegs kann selbst eine mächtige Nation nicht wissen, welche Ordnung das Ergebniß des Kriegs nöthig machen wird, und sind es unmittelbar vor dem Ausbruche eines Kriegs dürre Worte und nichtssagende Phrasen, wenn man sagt: Das ist unser Programm, um dessentwillen wir kämpfen. Das einfache und klare Programm, welches vorliegt, ist das: Wir gestatten nicht einem einzigen deutschen Soldaten den Uebergang über die Eider, ohne so kräftigen Widerstand zu leisten, wie wir im Stande sind, und werden nach bestem Vermögen die Vertreibung derselben versuchen, falls irgend Jemand sich in Schleswig hineingedrängt haben sollte.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: „Es geht hier das Gerücht, der „Niels Juel" (Kriegsschiff) sei nach dem Kanal beordert worden, um deutschen Kauffahrteischiffen, die in nächster Zeit aus verschiedenen Weltgegenden erwartet werden, den Rückzug abzuschneiden, wenn sie, deren Kapitäne keine Kunde von den in letzter Zeit stattgehabten Ereignissen haben können, den Kanal passiren wollen."

Kopenhagen, 27. Jan. (Köln. Ztg.) Die Annahme, daß durch die Maßregeln Oesterreichs und Preußens eine blutige Abmachung des deutsch-dänischen Streites beseitigt und statt dessen durch Unterhandlungen eine endliche friedliche Lösung herbeigeführt werde, hat in den letzten Tagen hier allen Glauben verloren; man spricht jetzt in allen Kreisen nur von Krieg, man hält ihn nunmehr für durchaus unvermeidlich und nothwendig, und man kann es nicht läugnen: man wünscht ihn lebhaft von allen Seiten. Man müsse nun, wie es sich für ein freies, selbständiges Volk passe, jedem fremden Soldaten, der die Eider überschreite, mit dem Schwert den Rückweg zeigen. Armee und Volk seien eins, und wo das der Fall, da sei an eine schimpfliche Selbstdemüthigung nicht zu denken! Man möge daher nur immerhin kommen, das Terrain vor dem Dannewirke enthalte Raum und Erde genug, um Tausende übermüthiger Eroberungslustiger in seinen Schoß großmüthig aufzunehmen. — Die Volksorgane sprechen sich über das Monrad-Ouaade-Johannsen'sche Ministerium sehr mißliebig aus und bezeichnen es als ein durchaus der Demokratie abholdes, nur der Aristokratie zugethanes, einen gesetzmäßigen Schleswig-Holsteinismus unter der Fahne des Gesammtstaates duldendes Ministerium, das nun endlich durch den demokratenfeindlichen Johannsen, der die November-Verfassung nicht ausstehen könne, durch den Absolutisten und Gesammt-Staatsmann Quaade und den geheimnißvollen Monrad eine Farbe, kurz, ein Programm, nach welchem Dänemark von jetzt an regiert werden soll, empfangen habe. Die Hochgestellten am Hof, beim Heer und im Ministerrath theilten die Wünsche des Volkes nicht, dänischer Sinn sei ein Stiefkind in seinem eigenen Haus geworden, und die Ideen der Reaktion würden unter dem bischöflichen Ornate ausgebrütet. Man hätte die Männer des Volkes fortgejagt, mit anderen Worten, Minister gewählt, die kein Zutrauen zum Volk hätten und daher auch nur das Mißtrauen des Volkes genössen. Wenn der König nun zeigen wolle, daß er Werth auf die Wünsche des Volkes lege und sich diesem fügen wolle, so müsse er das Monrad-Ouaade-Johannsen'sche Ministerium entlassen und sich an das einzige national-liberale Ministerium, das man in Dänemark besitze (Hall), fest anschließen.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm,** 25. Jan. Man schreibt der „Generalkorr.": „Unsere Regierung ist, Allem nach zu urtheilen, in Betreff der Politik, die sie Angesichts des neuesten Stadiums der deutsch-dänischen Frage einschlagen soll, noch zu keinem bestimmten Entschluß gekommen. Es wird zwar, wie aus guter Quelle versichert werden kann, an einer Militärkonvention zwischen Schweden und Dänemark gearbeitet; nichtsdestoweniger aber bleibt es nach wie vor höchst unwahrscheinlich, daß Schweden für Dänemark in die Aktion eintreten werde, auch in dem Fall, daß die dänische Regierung die Inpfandnahme Schleswigs von Seiten der beiden deutschen Großmächte nicht widerstandslos geschehen lassen würde. Würde aber das Vorgehen Oesterreichs und Preußens zu einem europäischen Kriege führen, so stände Schweden unter allen Umständen auf der Seite, welche Frankreich wählt. Schwedens Politik ist absolut abhängig von der französischen. Auf ganz besondere nachbarliche Freundlichkeit und Dienstwilligkeit von schwedischer Seite kann übrigens Dänemark rechnen."

Aus **Stockholm,** 28. Jan., wird dem Reuter'schen Bureau telegraphirt: „Diejenigen schwedischen Offiziere, welche um Erlaubniß, in dänische Dienste zu treten, gebeten hatten, sind von der Regierung abschlägig beschieden worden, weil Schweden seine Offiziere selbst nöthig habe. Der norwegische Kriegsminister ist hier angekommen. Der König und die königliche Familie haben eine bedeutende Geldsumme zu dem Fonds für die Unterstützung der Familien dänischer Soldaten beigesteuert."

Großbritannien.

London, 30. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.":

Sie sind bereits durch eine zuverlässige Mittheilung von hier über die Absicht des französischen Kabinets, die Politik Englands in der schleswig-holsteinischen Frage nicht zu unterstützen, benachrichtigt worden. Ich bin in der Lage, Ihnen aus sicherer Quelle ergänzend noch mittheilen zu können, daß die letzten diplomatischen Verhandlungen des Grafen Russell in Paris dahin gingen, Frankreich zu bestimmen, sich zu Gunsten der Integrität Dänemarks auszusprechen. Minister Drouyn de Lhuys hat indessen die diesseitige Regierung darauf aufmerksam machen lassen, daß Frankreich bei der Unterzeichnung des Londoner Vertrags jeder Gedanke fern gelegen habe, für Dänemark eine Territorialgarantie zu übernehmen. Die Anerkennung der Integrität Dänemarks würde weit über die Ziele des Londoner Vertrages hinausgehen. Offenbar ist das französische Kabinet von der Ansicht ausgegangen, daß der Bundestag berechtigt sei, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Holstein anzuerkennen. Ist diese Anerkennung erfolgt, so würde der Bund, nachdem er einen Gesandten des Herzogs am Bunde zugelassen, unfehlbar Holstein besetzen und dieses Land gegen jeden Angriff europäischer Mächte vertheidigen. Die Anerkennung der Territorialgarantie Dänemarks von Seiten Frankreichs müßte also zu einem Kriege mit dem Deutschen Bunde führen. Dies ist ohne Zweifel in Paris erwogen worden und hat zu einer Ablehnung des englischen Vorschlags geführt.

Amerika.

* **Neu-York,** 20. Jan. Banks hat in Louisiana eine Konvention einberufen, welche die Gesetze bezüglich der Sklaven für ungiltig erklärte. Es wird ein diplomatischer Briefwechsel vorgelegt, in welchem Seward erklärt, England sei für den Schaden verantwortlich, den der „Alabama" amerikanischen Bürgern zugefügt. Seward erklärt ferner, die Regierung habe kein Recht, in der mexikanischen Angelegenheit zu interveniren, wohl aber glaube er, daß Mexiko die Republik wünsche. Der Sieg der Franzosen bei Morelia ist entscheidend. Alle mexikanischen Anführer sind todt oder gefangen, Juarez flüchtig. Der „Alabama" hat in der Meerenge von Malacca ein englisches und zwei amerikanische Schiffe in Brand gesteckt.

Neu-York, 23. Jan. (Sch. M.) Die militärische Lage ist ungeändert. Das Repräsentantenhaus votirte das Gesetz: Ein Zoll von 2 Cents auf Baumwolle, und ein Zusatzzoll von 40 Cents per Gallone auf Einfuhr von Spirituosen. — Goldagio 56⅜. Wechselkurs 172.

Vera-Cruz, 2. Jan. Juarez hat am 17. Dez. San Luis verlassen; er zieht sich nach Montevoy zurück. Das Korps des Generals Meija hält nun San Luis besetzt. Uraga machte am 19. Dez. einen vergeblichen Versuch, die Stadt Morella, welche von dem Marquez'schen Korps vertheidigt wurde, wieder zu nehmen. — Der neue französische Gesandte Hr. v. Montholon ist hier eingetroffen, Hr. v. Saligny dagegen nach Frankreich abgereist.

Mexiko, 6. Jan. (Sch. M.) General Negrete hat vergeblich die Wiedereinnahme von San Luis de Potosi versucht. Juarez befindet sich in Zakatecas (Hauptstadt des gleichnamigen Staats, nordwestlich von San Luis), wo Doblado die mexikanische Armee zum Widerstand gegen die Franzosen vereinigt.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 2. Febr. 8. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 11. Febr., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Wahlprüfungen. 3) Berathung der Berichte des Abg. Krausmann, die Rechnungsnachweisungen des großh. Staatsministeriums und des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für die Jahre 1860 und 1861 betr. 4) Berathung des Berichts des Abg. Prestinari, die Rechnungsnachweisungen des großh. Justizministeriums für die Jahre 1860 und 1861 betr.

Vermischte Nachrichten.

— Die „Volks-Ztg." erinnert an die von den Unterzeichnern des Pariser Friedens (Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Sardinien und der Pforte) vereinbarte Erklärung über das Seerecht vom 16. April 1856, welcher seitdem die meisten seefahrenden Staaten, namentlich auch Dänemark, Schweden und Norwegen, beigetreten sind. Dieselbe stellt folgende Grundsätze des Seerechts auf:

1) Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft.

2) Die neutrale Flagge deckt das feindliche Gut, mit Ausnahme der Kriegscontrebande.

3) Neutrales Gut unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegscontrebande, darf nicht mit Beschlag belegt werden.

4) Die Blokaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, wirksam sein, d. h. durch eine Streitmacht aufrecht erhalten werden, welche hinreicht, um den Zugang zur Küste des Feindes wirklich zu verhindern.

— München, 28. Jan. Hr. Umbscheiden zeigt im „Nürnb. Korresp." Folgendes an:

„Auf die von dem Unterzeichneten an die bayrischen Volksvertreter versandte Einladung bezüglich eines Kongresses mittel- und kleinstaatlicher Abgeordneten erfolgten bis heute 43 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 2 bedingte Zustimmungen. Obwohl in der ersten Zahl alle Parteirichtungen und alle Kreise des Königreichs vertreten sind, ist doch die im Einladungsschreiben für weitere Schritte gemachte Voraussetzung nicht zugetroffen. Bei solcher Sachlage darf sich der Unterzeichnete daher nicht für ermächtigt erachten, dem unter so vielen Gesichtspunkten sich empfehlenden Gedanken, welcher auch in einem Theil der Wiener und der nordischen Presse und ebenso in der württembergischen und sächsischen Kammer der Abgeordneten Vertheidiger gefunden, im Namen bayrischer Volksvertreter die gewünschte Folge zu geben. Die „Logik der Thatsachen" wird sich darum nicht weniger geltend machen."

— In Insterburg ist dem Rechtsanwalt Hacker wegen Nichtbezahlung der Steuern ein Pelz abgepfändet und verkauft worden.

* Paris, 30. Jan. Gestern, den 29. Jan., kam es in dem Hofe des Louvre zu einer geräuschvollen Demonstration. Sie ging von den Zöglingen der Ecole des Beaux-Arts aus, die mit Schreien und Pfeifen und unter dem Rufe: Vive l'Institut! Nachmittags 4 Uhr unter den Fenstern des im Louvre wohnenden Oberintendanten der schönen Künste, Graf Nieuwerkerke, aufzogen, augenscheinlich nicht um ihm eine Huldigung wegen seiner Verdienste um die Reform der Ecole des Beaux-Arts darzubringen. Graf Nieuwerkerke kam nichtsdestoweniger in den Hof herab und suchte sich mit den jungen Leuten in's Einvernehmen zu setzen. Anfangs war dies sehr schwierig; es entstand ein bedenkliches Gedränge um den Hrn. Oberintendanten, so daß verschiedene inzwischen herbeigeeilte Sergeants de Ville sich veranlaßt sahen einzuschreiten. Die jungen Leute leisteten Widerstand und es wurden mehrere von ihnen beim Kragen genommen, die jedoch auf das persönliche Verwenden Nieuwerkerke's wieder losgelassen wurden. Dieser hielt nun eine kurze besänftigende Anrede an die rebellischen Kunstjünger, denen er ohnehin schon durch sein entschlossenes Auftreten imponirt hatte, und so endigte der Vorfall damit, daß die Emeute, welche unter dem Ruf: Vive l'Institut! begonnen hatte, unter dem Rufe: Vive Nieuwerkerke! zu Ende ging.

Wien, 1. Febr. Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der österr. 500-fl.-Loose von 1860 wurden folgende 50 Serien à 20 Stück Loose gezogen: Serie 142. 1289. 1435. 1973. 2053. 2311. 2687. 2952. 3959. 4326. 4479. 4510. 5489. 6704. 7284. 7361. 7475. 7846. 7958. 8911. 9332. 9909. 11,007. 11,108. 11,276. 11,767. 11,770. 11,987. 12,139. 12,336. 12,826. 13,085. 13,273. 13,311. 13,449. 14,446. 14,956. 15,211. 15,413. 15,973. 16,118. 16,444. 16,839. 17,036. 17,486. 18,624. 18,761. 19,183. 19,400. 19,928.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

1. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 3,02'''	— 4,0	N.O.	rein	heiter, kalt
Mittags 2 „	„ 4,80'''	+ 2,0	S.W.	„	„ frisch
Nachts 9 „	„ 3,02'''	— 1,0	„	„	„ kalt

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 4. Febr. 1. Quartal. 19. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Der gute Papa Ehmals;** Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen des Henry Murger. Hierauf: **Eine kranke Familie;** Schwank in 3 Akten, von G. v. Moser und V. Drost.

Freitag 5. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Erste Gastdarstellung des königl. hannoverschen Hofopernsängers Hrn. Niemann. **Tannhäuser;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Tannhäuser": Hr. Niemann.

Sonntag 7. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zweite Gastdarstellung des Hrn. Niemann. **Die Hugenotten;** große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer. „Raoul": Hr. Niemann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.b.792. Heidelberg. Entfernten Verwandten und Freunden widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser guter Gatte, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, Joseph Müller, Cigarrenfabrikant in Leimen, uns heute früh 7 Uhr durch den Tod entrissen wurde. Er starb nach kurzem Krankenlager in Folge einer Lungenentzündung. Wir bitten um stille Theilnahme.

Heidelberg, den 31. Januar 1864.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Uhlich's Sonntagsblatt,

15r Jahrgang,

ist durch alle Postämter und Buchhandlungen zu beziehen. Es erscheint in 3700 Abdrücken und ist in allen Theilen Deutschlands heimisch Sein gediegener Inhalt erweitert von Jahr zu Jahr seinen Leserkreis und empfiehlt sich durch sich selbst.

Z.b.791. **Dr. Brugger.**

Z.b.793. Im Verlag von Wilhelm Nitzschke in Stuttgart ist erschienen und durch die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** zu beziehen:

Das Königreich Württemberg.

Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat.

Herausgegeben vom Königl. statistisch-topographischen Bureau.

gr. Lexikon-Format à 5 fl. 12 kr. rhein.

Für die Bearbeitung der einzelnen Abschnitte dieses Werkes wurden nach den verschiedenen Materien Sachverständige aus der Zahl der bewährtesten Fachmänner gewonnen. Die statistischen und geographischen Zahlenangaben beruhen auf amtlichen Ermittelungen, und können wir nur kurz noch versichern, daß dieses Werk sowohl wegen seines reichen Inhalts an sich, als auch wegen der gediegenen und sorgfältigen Bearbeitung unzweifelhaft das beste und zuverlässigste Handbuch für Jeden bildet, der sich über württembergische Zustände irgend gründliche Belehrung verschaffen will.

Z.b.802. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).

Jeden Abend

Große Vorstellung.

(Neues Programm.)

Einl. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen.

Anf. der ersten um 4 Uhr, der zweiten um 7 Uhr.

Z.b.788. Heidelberg.

Eine Buchdruckerei

von ungefähr 40 Ztrn. mit vielen Titelschriften, einer Handpresse (Stanhope) und 1 Steindruckpresse ist zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen **Ad. Fabricius,** Buchdrucker in Heidelberg.

Z.b.616. Karlsruhe.

Nach Newyork

jede Woche **zweimal** per Dampfboot zu sehr billigen Preisen.

Rabus & Stoll in Mannheim.

Franz Perrin Sohn in Karlsruhe.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von Dicquemare ainé in Rouen

Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 50.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbemittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.

Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. Z.b.317

Z.b.528. Gernsbach.

Aufforderung.

Wer eine Forderung an Müllermeister **Karl Belzer** in Weissenbach zu machen hat, wird hiemit aufgefordert, solche bis

Donnerstag den 11. Februar 1864, Vormittags 9 Uhr,

bei dem Unterzeichneten einzureichen und richtig zu stellen.

Gernsbach, den 1. Februar 1864.

A. A.:

C. Gartner, Notar.

Z.b.717. Maulburg.

Hofgutsverkauf oder Verpachtung.

Im badischen Oberland im Wiesenthal, Amts Schopfheim, ist ein Hofgut zu verkaufen oder an einen soliden Pächter auf mehrere Jahre zu verpachten.

Die Realitäten bestehen in einem zweistöckigen Wohnhaus nebst Oekonomiegebäude und ca. 25 Morgen Matten und Ackerland, Alles in der Nähe des Pachthauses gelegen, eine Stunde von der Eisenbahn, und eignet sich vorzüglich zur Betreibung einer Sennerei.

Liebhaber zum Kauf oder Pacht wollen sich direkt an Haus Nr. 71 in Maulburg, Amts Schopfheim, wenden, allwo auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Briefe werden franko erbeten.

Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft in Breslau.

Gewährleistungs-Kapital 3 Millionen Thaler Preuß. Crt.

Z.b.800. Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuersgefahr in Städten und auf dem platten Lande, auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände zu festen, möglichst billigen Prämien. Bei Versicherungen auf mehrere Jahre werden wesentliche Vortheile bewilligt. — Prospekte und Antrags-Formulare sind bei den unterzeichneten Agenten jederzeit gratis zu erhalten, und wird von denselben bei der Versicherungsnahme jede zu wünschende Auskunft bereitwilligst ertheilt.

F. W. Balzar, General-Agentur in Mannheim.
(Firma Gebrüder Balzar.)

Für andere badische Orte, wo die Gesellschaft noch nicht vertreten ist, werden Agenten angenommen durch die General-Agentur in Mannheim.

Jakob Koerper,	Bezirksagent	in Mannheim.
Mich. Groß,	„	in Heidelberg.
J. H. Leist,	„	in Neckargemünd.
J. Günther,	„	in Bruchsal.
Heinrich Rosenfeldt,	„	in **Karlsruhe.**
Wilh. Salzer,	„	in Pforzheim.

Z.c.612. Berlin.

Neuer Beweis für die Vortrefflichkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs

(echt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider** Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums).

Resultate und Beweise.

Geehrtester Herr Daubitz! Da ich durch den Gebrauch einiger Flaschen Ihres Kräuter-Liqueurs **bereits von meinen schweren Magenleiden befreit bin,** und ich dadurch eine große Hoffnung durch den ferneren Fortgebrauch dieses vortrefflichen Mittels auf die gänzliche Befreiung meines Uebels gesetzt habe, zugleich aber auch schon mehrere Leidende in meinem Orte denselben wünschten, so bitte ich, mir recht schleunigst 12 Flaschen davon zusenden zu wollen und den Betrag durch Postvorschuß gefälligst zu entnehmen. Werchau bei Schönwalde, Kreis Schweidnitz, den 21. April 1863. Mit vorzüglichster Hochachtung **Bauer,** Ortsrichter.

Z.b.780. Wiesloch.

Anzeige und Geschäftsempfehlung.

Das bisher von Herrn **J. Glück** in Wiesloch betriebene Manufakturwarengeschäft werde ich von heute an mit der Firma

L. Bär, vormals J. Glück in Wiesloch

auf meine eigene Rechnung mit einer großen Auswahl in den neuesten Herren- und Damenkleiderstoffen fortführen.

Die verehrten Abnehmer des Herrn J. Glück bitte ich, das demselben geschenkte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen, und werde ich mich bestreben, dieselben stets gut zu bedienen.

Wiesloch, den 1. Februar 1864.

L. Bär,
vormals J. Glück.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Direkte **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend, vermittelst der Postdampfschiffe

Hammonia, Capt. **Schwensen,** am **6. Februar,** **Teutonia,** Capt. **Haack,** am **19. März,**
Bavaria, Capt. **Taube,** am **20. Februar,** **Borussia,** Capt. **Meier,** am **2. April,**
Germania, Capt. **Ehlers,** am **5. März,** **Saxonia,** Capt. **Trautmann,** am **16. April.**

Fracht Pfd. St. 2. 10 für ordinäre, **Pfd. St. 3. 10** für feine Güter pr. ton von 40 Hamb. Kubikfuß mit 15 % Primage.

Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 150,** Zweite Kajüte Pr. Crt. **Thlr. 100,** Zwischendeck Pr. Crt. **Thlr. 60.**

Näheres bei dem Schiffsmakler **August Bolten,** Wm. Miller's Nachfolger, Hamburg, und dessen Agenten: **Karl Hund** in **Achern** und dem **Central-Expeditions-Bureau Mannheim Walter, Reinhardt & Müller.** Z.b.631.

Z.b.796. Appenmühle bei Darlanden.

Verkaufs-Anzeige.

Wegen Geschäftsveränderung bin ich gesonnen, einen Theil meiner Güter, circa 40 Morgen, aus freier Hand unter vortheilhaften Bedingungen entweder im Ganzen oder theilweise zu Eigenthum zu verkaufen.

Dieselbe bestehen:

1) In 14 Morgen Wiesen an einem Komplex, die gewässert werden können zu jeder Zeit;
2) in 21 Morgen Dammfeld, mehrentheils Lettenboden für Ziegeleien geeignet;
3) in 5 Morgen bestes Sandfeld, wo jede Fruchtgattung erzeugt werden kann;
4) auch kann ein schönes geräumiges Wohnhaus, massiv und für die Oekonomie hergerichtet, in der schönsten Lage des Ortes Darlanden, dazu gegeben werden.

Das Ganze würde sich für einen jungen Oekonomen seiner günstigen Lage wegen, da es nur eine Stunde von der Residenzstadt Karlsruhe entfernt liegt, wo jedes Produkt gut verkauft werden kann, eignen.

Auch für eine Ziegelbrennerei, da das Dammfeld größtentheils den besten Lettenboden enthält, und deßhalb ebenfalls einem Liebhaber für Feldziegeleien oder sonst Brennerei angerathen werden kann.

Die auswärtigen Liebhaber wollen sich schriftlich an den Eigenthümer **Anton Schmitt** zur Appenmühle bei Darlanden wenden.

Z.c.523. Nr. 37. Waldkirch.

Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Löwenwirth Johann Joch in Wildgutach am

Samstag den 20. Februar d. J., früh 10 Uhr,

im Löwenwirthshaus daselbst nachbeschriebene Liegenschaften versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird:

Ein zweistöckiges Wohnhaus, nebst Scheuer und Stallung unter einem Dach, mit der Realwirthschaftsgerechtigkeit zum Löwen;

eine Mahlmühle und ungefähr 7 Morgen Wiesen und Acker, meistens aber Wiesen;

5 Morgen Wald, und

¼ Morgen Obst- und Gemüsegarten;

zusammen taxirt zu . . . . 8,100 fl.

Waldkirch, den 22. Januar 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:

Aberle.

Z.b.807. Nr. 122. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald „Kammerforst", Abth. 3 und 8, werden versteigert,

Donnerstag den 11. l. M.:

97 Stämme Eichen, Holländer-, Nutz- und Bauholz; 5 Eschen, 14 Buchen und 7 Erlen Nutzholzstämme.

Freitag den 12. l. M.:

138¼ Klftr. buchenes, 19½ Klftr. eichenes und 1 Klftr. gemischtes Scheitholz; 37¾ Klftr. buchenes und 20 Klftr. gemischtes Prügelholz; 56½ Klftr. gem. Stockholz; 4125 Stück buchene und 2900 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft jedesmal früh halb 9 Uhr im Kammerforst beim Pürschgarten.

Graben, am 1. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Menzer.

Z.b.798. Nr. 101. Wiesenbach. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald diesseitigen Forstbezirks werden versteigert

Donnerstag den 11. Februar d. J., aus dem Distrikt III. Vogelherdwald:

31 eichene, 6 buchene Nutzholzklötze, 151 Klftr. buchenes, 13¾ Klftr. eichenes Scheitholz, 27¼ Klftr. buchenes, 3¼ Klftr. eichenes Prügelholz, 2 Klftr. buchenes und 2¼ Klftr. eichenes Klotzholz nebst 17¼ Klftr. buchenes Stockholz und 2025 Stück buchene und eichene Wellen, sowie ein Loos Schlagraum.

Die Zusammenkunft ist Morgens halb 10 Uhr beim Wirth Frohnmüller im Dilsbergerhof.

Wiesenbach, den 30. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.

Krutina.

Z.b.794. Nr. 39. Mannheim. (Jagdverpachtung.) Donnerstag den 11. Februar l. J., früh 10 Uhr, wird durch unterzeichnete Behörde in O. 3 Nr. 8 dahier die ärarische Land- und Wasserjagd innerhalb der vormaligen Gemarkung Oppau auf der Friesenheimer Rheindurchschnittsinsel auf die Dauer von 6 Jahren im Steigerungswege verpachtet; wozu Jagdliebhaber eingeladen werden.

Mannheim, am 1. Februar 1864.

Großh. Bezirksforstei Ladenburg.

Stauch.

Z.c.526. Nr. 1001. Ladenburg. (Nachtrag.) Nachträglich zu unserem Ausschreiben vom 25. d. M. theilen wir das Signalement des Eduard Diez mit. Derselbe ist von mittlerer Statur, 5' 4" groß, hat gesunde Gesichtsfarbe, braune Haare, bläulich-graue Augen, gewöhnliche Nase, gesunde Zähne, und trägt ein Schnurrbärtchen.

Ladenburg, den 30. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Bender.

Z.c.525. Nr. 1652. Mannheim. (Aufforderung.) Franziska Böhnlein von Steckenmüssig, k. b. Landgerichts Baunach, ist angeschuldigt, ihrer Dienstherrschaft 5 fl. unterschlagen zu haben. Dieselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen hierwegen zu rechtfertigen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen sie erkannt werden wird. Mannheim, den 30. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Exter.

Z.c.519. Nr. 1160. Ettenheim. (Aufforderung und Fahndung.) Ambros Klauser von Ringsheim, Soldat bei dem großh. III. Infanterieregiment in Freiburg, dessen Signalement unten folgt, ist schon längere Zeit von Hause unerlaubt abwesend, und dessen Aufenthalt unbekannt. Er wird aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, und über seine unerlaubte Abwesenheit zu verantworten, andernfalls er als Deserteur behandelt und vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle in die gesetzliche Vermögensbuße und zur Tragung der Kosten wird verurtheilt werden.

Zugleich wird Beschlag auf dessen Vermögen gelegt, und um Fahndung und Sistirung dieses unerlaubt Abwesenden gebeten.

Signalement.

Alter, 24 Jahre.
Größe, 5' 5" 1'''.
Statur, untersetzt.
Gesichtsform, länglich.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, braun.
Stirne, hoch.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, klein.
Mund, gewöhnlich.
Kinn, rund.
Zähne, gut.

Ettenheim, den 29. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.

Pfister.

vdt. Krumm.

B.699. Nr. 980. Konstanz. (Bekanntmachung.) Heute wurde die von Buchhändler Ludwig Magg in Konstanz vorgenommene Aenderung seiner Firma, welche nunmehr heißt: „Ludwig Magg", in das Firmenregister eingetragen.

Konstanz, den 25. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Stein.

Frankfurt, 1. Febr. 1863. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101½ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99½ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	76¼ P.	„	3½% dto.	94¼ G.
„	5% do. 1859 „ „	76¼ P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91 P.	„	4½% dto.	101½ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	77¼ P.	„	4% dto.	98½ G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	63 b. G.	„	3½% dto.	92¼ G.
„	5% Met.-Obligat.	55¾ b. G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91¾ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	56 G.	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90⅜ P.
„	4½% Met.-Oblig.	49⅝ P.	Frankf.	3½% Obligation.	97¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	— —
„	4½% do.	99¾ P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	85½ G.
„	4% do.	95½ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	84¾ P.
„	3½% Staatssch.	87¾ P.	Span.	3% inl. Schuld	50⅜ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101⅛ P.	„	2% Schuld	45½ G.
„	4½% ½jährig	101⅝ B.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100 P.
„	4% 1jährig	99⅜ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95 P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅜ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	97 G.	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	100½ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	101 b.
„	4% dto.	100½ b.	„	4% do.	— —
„	3½% dto.	94 P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅜ P.
Baden	4% Obligation.	99¾ G.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93 P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	134¼ G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49¾ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	730 P.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	49¾ G.
3% „ Cred. A. i. O. W.	167 b. G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76⅛ P.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	— —
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	210 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	79⅜ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	87 P.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90⅛ P.	4% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	75¼ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	107 P.	5„ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	— —
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 G.	4% „ „ „	97⅝ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4½% Rhein-Nahe. Pr. O.	97½ G.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	— —	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	—
Rhein-Nahe-Bahn	24¾ P.	4% Südd. Buk.-A. 30% Einz.	250 G.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	136 P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	102¾ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	107⅞ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	107¼ b.	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	120 P.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	111 b.
„ 250 „ „ 1854	70⅜ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	125¼ P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	73⅛ b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9½ P.
Bad. 50-fl.-Loose	— —
„ 35- „ „	52¾ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	52¼ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132½ P.
„ 25 „ „	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	— —
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58½ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33 B.
3% L. A. b. St. Brüff.	95¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	34 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ G.
Ansb.-Gunzenh. L.	12 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ B.
Berlin	„	104⅞ G.
Bremen	„	96¼ B.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	104¾ G.
London	„	117⅝ G.
Mailb. i. Fr. 200	„	92⅝ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93 G.
Wien	„	94⅝ G.
Disconto		4½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	38½-39½
Preuß. Frd'or.	„ 9	55½-56½
Holl. fl. 10 St.	„ 9	44½-45½
Rand-Ducat.	„ 5	32 -33
20-Frankenst.	„ 9	18 -19
Engl. Sover.	„ 11	40 -44
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hh. Silb. p. Zpfd.	„ 52	6 -36
Preuß. Cassch.	„ 1	44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„ 2	25 -26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.